

Antrag A14: Dietzenbacher Erklärung der hessischen Linken zur Kommunalwahl - Kümmern statt kürzen!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge
Schlagwörter:	Antragsheft 1
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 11 - 12 (Änderungsantrag ÄA21) - übernommen Zeile 46 (Änderungsantrag ÄA20) - angenommen Zeile 137 (Änderungsantrag ÄA20) - angenommen

1 Dietzenbacher Erklärung der hessischen Linken zur Kommunalwahl - Kümmern statt kürzen!

2 In der Bundestagswahl haben wir deutlich gemacht: Wir vertreten die Interessen
3 derjenigen, die von ihrer Arbeit leben müssen – nicht von Vermögen oder
4 Aktienrenditen. Gemeinsam mit ihnen kämpfen wir für bessere Lebens- und
5 Arbeitsbedingungen, für soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der niemand
6 zurückgelassen wird. Wir stellen uns entschieden gegen das Verächtlichmachen von
7 Menschen – gegen jedes rassistische Ablenkungsmanöver, das die wahren Probleme
8 dieser kapitalistischen Gesellschaft verschleiern soll: Soziale Gerechtigkeit,
9 öffentlicher Wohlstand und Klimaschutz für alle!

ÄA21 - übernommen:

11 Dafür brauchen wir eine starke, antifaschistische, antirassistische und,
12 feministische und sozialistische Linke, die für Umverteilung und den Ausbau sozialer Infrastruktur

13 kämpft. Wir sagen: Es darf keine Milliardäre geben, während andere kaum über die
14 Runden kommen. Wir setzen uns auf allen Ebenen für Entspannungspolitik und gegen
15 die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft ein. Es ist ein Skandal, dass
16 über Nacht Milliarden für die Rüstungsindustrie mobilisiert werden – während
17 Kommunen nicht wissen, wie sie die ihnen auferlegten Aufgaben erfüllen sollen.

18 Mit diesem Kurs waren wir bei der Bundestagswahl erfolgreich – und haben unsere
19 Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Dieses Fundament trägt uns weiter, unsere
20 Grundsätze gelten ebenso für unsere Kommunalpolitik. Linke Kommunalpolitik
21 stellt das Leben und den Alltag in den Mittelpunkt. In unseren Kommunen
22 entscheidet sich, welches Leben wir führen. Hier sind unsere Kitas, Schwimmbäder
23 und Spielplätze. Wir akzeptieren nicht, dass unsere Daseinsvorsorge und
24 Infrastruktur immer weiter abgebaut werden.

25 Die Linke setzt sich für ein gutes Leben für Alle ein. Hierbei orientieren wir
26 uns an der Idee der „Sorgenden Städte“, fordern Umverteilung und eine
27 Umstrukturierung der Finanzierung unserer Kommunen. Eine starke demokratische
28 Gesellschaft und ein guter Alltag für alle Bewohner*innen unserer Kommunen
29 braucht ausreichende Finanzierung. Wir fordern die konsequente Umsetzung der
30 Istanbulkonvention, die Frauen vor Gewalt schützt. Denn ein gutes Leben ist nur
31 mit feministischer Bewusstseinsentwicklung als Gewaltprävention möglich.

32 Kommunale Politik muss von den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gedacht werden.
33 Dem steht die Profitlogik entgegen. Um dies zu verändern, können wir zum

34 Beispiel vor Ort die Energieerzeugung in kommunale Hände legen und so
35 klimaschonende Projekte vorantreiben. Dies führt langfristig zu sinnvollen
36 Einsparungen und verhindert, dass private Konzerne sich eine goldene Nase
37 verdienen und die Bürger*innen belastet werden.
38 Unsere Mitgliederzahl hat sich - auch in Hessen - mehr als verdoppelt und unsere
39 Aktivitäten haben sich mehr als vervierfacht. Wir waren an tausenden Haustüren
40 und haben mit vielen Menschen geredet. Wir haben Aktionen gegen Mieterhöhungen
41 durchgeführt und die Menschen gefragt, wo ihnen der Schuh drückt. Die Antwort
42 war eindeutig: In den Städten sind es die Preise und auf dem Land sind es die
43 Preise, sofern es überhaupt ein Angebot gibt.
44 Darum fokussieren wir uns neben den konkreten Problemen vor Ort hessenweit auf
45 drei Punkte:

ÄA20 - angenommen:

46 **1. Bezahlbarer Wohnraum** Darum fokussieren wir uns neben den konkreten Problemen vor Ort
hessenweit auf vier Punkte:

47 Die Kommunen müssen alle ihre Möglichkeiten konsequent nutzen, um der
48 marktradikalen Mietenpolitik etwas entgegenzusetzen. Bezahlbarer Wohnraum muss
49 für alle gesichert sein. Gerade Frauen und andere Geschlechter sind täglich von
50 Gewalt betroffen und deshalb besonders auf sichere Rückzugsorte angewiesen. Auch
51 Diskriminierung bei der Wohnungssuche, etwa aufgrund migrantischer Namen oder
52 anderer Merkmale, darf in unseren Städten und Gemeinden keinen Platz haben.
53 Wohnungspolitik muss sozial, diskriminierungsfrei und geschlechtergerecht sein.

54 Profitmaximierung verhindern

55 Kommunale Wohnungsbaugesellschaften dürfen nicht der Profitmaximierung dienen,
56 sondern müssen deutlich mehr Sozialwohnungen mit dauerhafter Mietpreisbindung
57 bauen und preiswerte Wohnungen anbieten. Dazu brauchen wir Planungssicherheit
58 durch zuverlässige und steigende Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch das
59 Land. Den Mieter*innen mit geringem Einkommen müssen die Mieten sofort gesenkt
60 werden.

61 Leerstand beenden

62 Die Pläne der Landesregierung, spekulativen Leerstand mit Bußgeldern zu belegen,
63 sind ein Fortschritt, reichen aber bei Weitem nicht aus. Leerstand muss
64 flächendeckend in Hessen erfasst werden. Wir nutzen bereits den
65 „Leerstandsmelder“ und werden, wenn Kommunen untätig bleiben, mit
66 publikumswirksamen Aktionen dagegen vorgehen.

67 Mietwohnungen erhalten

68 Wir treten entschieden der Verdrängung von Mieter*innen durch Umwandlung von
69 Miet- in Eigentumswohnungen entgegen und solidarisieren uns mit den Betroffenen.
70 Bestehende Milieuschutzgebiete müssen erhalten bleiben und neue zügig
71 ausgewiesen werden.

72 Modernisierung ja, Mietwucher nein

73 Die energetische Modernisierung von Wohnungen ist aus Klimaschutzgründen
74 sinnvoll und muss gefördert werden. Sie darf aber nicht durch Mieterhöhungen zu
75 Lasten der Mieter*innen gehen. Wir überprüfen die Heizkosten und melden

76 überhöhte Mieten und Mietwucher und begleiten diese Auseinandersetzungen mit
77 öffentlichkeitswirksamen Aktionen.

78 **2. Starker Öffentlicher Personennahverkehr – mehr Mobilität für alle**

79 Im Sinne der Daseinsvorsorge muss Mobilität für alle Menschen gewährleistet
80 sein. Wir setzen uns für den massiven Ausbau des ÖPNV ein, gerade auch im
81 ländlichen Raum: Er gehört in öffentliche Hand.

82 Mobilität garantieren

83 Wir wollen eine umfassende Mobilitätsgarantie, auch auf dem Land. Dafür müssen
84 zusätzliche Buslinien, flächendeckende Rufbusse ohne Zuschläge und barrierefreie
85 Haltestellen eingerichtet werden. Die weiteren öffentlichen Verkehrsträger,
86 Straßenbahn und Schienenverkehr müssen ebenfalls ausgebaut und alle
87 Verkehrsträger miteinander vernetzt werden.

88 Mobilität jenseits des Profitprinzips

89 Kommunale Verkehrsunternehmen dürfen nicht länger dem Profitprinzip unterworfen
90 sein – Ausschreibungswettbewerbe und Lohndumping müssen beendet werden. Wir
91 wollen die vollständige Finanzierung kommunaler Verkehrsangebote durch das Land
92 – und die Einstufung des ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe. Das heißt: Geld
93 statt Appelle. Wo möglich, sollen Leistungen direkt und ohne Ausschreibung an
94 kommunale Betreiber vergeben werden. Um die Verkehrswende zu schaffen, braucht
95 es faire Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

96 ÖPNV kostenlos

97 Unser Ziel bleibt ein kostenloser ÖPNV für alle – solidarisch finanziert,
98 einfach und gerecht. Bis dahin brauchen wir: Freie Fahrt für Schüler*innen,
99 Kinder und Jugendliche, für Rentner*innen sowie Menschen mit geringem Einkommen.

100 Zur Verkehrswende gehören ebenso der Ausbau der Radwege und mehr Raum für
101 Fußgänger*innen. Künftige Stadtplanungskonzepte müssen dies berücksichtigen.
102 Dies ist ein Gebot, um Mobilität für alle zu realisieren und auch aus
103 klimapolitischen Gesichtspunkten dringend erforderlich.

104 **3. Öffentliche Infrastruktur sichern und ausbauen**

105 Während der Bundeskanzler weiteren Sozialabbau ankündigt und Umverteilung nach
106 Oben betreibt, betonen wir: Öffentliche Infrastruktur ist die Grundlage des
107 Sozialstaats – sie entscheidet darüber, ob Menschen am gesellschaftlichen Leben
108 teilhaben können. Sie muss auf allen Ebenen, auch in der Kommune verteidigt,
109 demokratisiert und massiv ausgebaut werden.

110 Krankenhäuser in öffentliche Hand

111 Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand – statt weiterer Privatisierungen
112 braucht es Investitionen, eine bedarfsgerechte Versorgung sowie bessere
113 Arbeitsbedingungen und tarifliche Entlohnung für das Personal. Die Pflege zu
114 Hause muss gestärkt werden: mit mehr Unterstützung für pflegende Angehörige und
115 einer besseren ambulanten Versorgung.

116 Bildung unabhängig von Einkommen und Wohnort

117 Bildung darf nicht vom Wohnort oder Einkommen abhängen, daher bedarf es
118 flächendeckender ausreichender Kitaplätze – mit besserer tariflicher Bezahlung

119 und Entlastung für Erzieher*innen. Schulen brauchen Gebäude, die nicht bröckeln,
120 sondern die Platz und moderne Ausstattung bieten. Auch Schulsozialarbeit und
121 Ganztagsangebote müssen gesichert und ausgebaut werden.

122 Daseinsvorsorge braucht Teilhabe

123 Bibliotheken, Schwimmbäder, Jugendzentren und Senior*innentreffs gelten als
124 „freiwillige Leistungen“, dabei sind sie unerlässlich. Frauenhäuser müssen
125 ausreichend finanziert werden, um auch Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus
126 und andere besonders schutzbedürftige Personen aufnehmen zu können. Öffentliche
127 Infrastruktur gehört uns allen. Sie darf nicht kaputtgespart oder privatisiert
128 werden – wir setzen ihr die solidarische und barrierefreie Kommune entgegen.

129 Funktionierende Verwaltung erfordert gute Arbeitsbedingungen

130 Nicht zuletzt benötigen wir eine funktionierende öffentliche Verwaltung mit
131 ausreichend vielen Beschäftigten. Gerade in den Ballungsräumen bleiben viele
132 bewilligte Stellen unbesetzt, weil die Entlohnung zu niedrig ist, um sich die
133 teuren Mieten leisten zu können. Die Folge: Viele sozial und ökologisch
134 wertvolle Projekte können nicht in der gebotenen Geschwindigkeit umgesetzt
135 werden. Auch darum unterstützen wir die Forderungen von Gewerkschaften und
136 Personalräten nach einer angemessenen Entlohnung im öffentlichen Dienst.

ÄA20 - angenommen:

137 **Kommunen gut ausstatten**

Nicht zuletzt benötigen wir eine funktionierende öffentliche Verwaltung mit ausreichend vielen
Beschäftigten. Gerade in den Ballungsräumen bleiben viele bewilligte Stellen unbesetzt, weil die
Entlohnung zu niedrig ist, um sich die teuren Mieten leisten zu können. Die Folge: Viele sozial und
ökologisch wertvolle Projekte können nicht in der gebotenen Geschwindigkeit umgesetzt werden.
Auch darum unterstützen wir die Forderungen von Gewerkschaften und Personalräten nach einer
angemessenen Entlohnung im öffentlichen Dienst.

4. Klimaschutz beginnt in den Kommunen

Wir werden nach wissenschaftlicher Erkenntnis schon 2050 eine Erderwärmung von 2-3 Grad haben.
Für uns im Rhein-Main Gebiet bedeutet das eine Erderwärmung von 4 Grad und mehr. Also
Hitzewellen im Sommer von 40° und mehr - auch über Wochen - mit erheblich mehr Hitzenoten.
Landwirtschaft und das Arbeiten im Freien werden über längere Perioden nur mit erheblichen
gesundheitlichen Belastungen möglich sein. Deshalb müssen Arbeitszeiten im Sommer in den frühen
Morgen-Stunden bzw. in die späten Abend-Stunden gelegt werden. Wir müssen deshalb auch auf der
Kommunalen Ebene raus aus Kohle, Öl und Gas! Die Stadtwerke sollen wieder in Bürgerhand gegeben
und als No-Profit Unternehmen geführt werden. Die Wärmewende muss auf erneuerbare Energie
(Wärmepumpen etc.) sozialverträglich umgestellt werden und nicht auf den viel zu teuren Wasserstoff,
der nur den Kapitalanlegern Profit bringt und uns hohe Heizkosten bringt. Auch die momentanen
Pläne der Fernwärme lehnen wir ab, weil sie nur zu Monopolstellungen von Kapitalanlegern führen,
die uns dann den Heizkostenpreis diktieren. Aber auch lokal begrenzte Kälte-Netze (für naheliegende
Wohnblocks) in Bürgerhand müssen geschaffen werden, um im Sommer mit tropischen Nächten
überhaupt noch Schlaf finden zu können. Mir müssen in den Kommunen Maßnahmen ergreifen, um
die Bevölkerung insbesondere der Kinder und älteren Menschen vor der zunehmenden
Hitzebelastung zu schützen. Voraussetzung ist natürlich die Devise „Wald statt Asphalt“ nur so können
wir die Hitze aus den Städten heraushalten und uns das Trinkwasser erhalten. Aber die Linke setzt
sich nicht nur für den Erhalt der Wälder ein, sondern für mehr Wald und gegen den weiteren

Autobahnausbau bzw. Kiesabbau. Denn Ausgleichsflächen und Wiederaufforstung ersetzen keine über hundertjährigen Bäume, erst recht nicht, wenn die Ausgleichsflächen außerhalb der Innenstädte liegen. Wir brauchen allerdings keine alleinstehenden Bäume oder Alleeäume, sondern größere Baumgruppen innerhalb der Ortschaften mit Parkanlagen, das kann die Hitze in den Städten etwas dämmen.

138 Wir wissen: All das kostet Geld. Doch die Kommunen sind massiv unterfinanziert.
139 Selbst zurückhaltende Berechnungen zeigen, dass ihr Anteil an der
140 Einkommensteuer bei Weitem nicht ausreicht, um die ihnen von Bund und Land in
141 immer stärkerem Maß übertragenen Aufgaben zu bewältigen.

142 Einnahmen verbessern

143 Darum setzen wir uns für eine Verdoppelung des Einkommensteueranteils der
144 Kommunen ein. Zudem muss der Grundsatz gelten: Wer bestellt, bezahlt! Weiterhin
145 engagieren wir uns für angemessene Gewerbesteuern und deren Weiterentwicklung zu
146 einer Gemeindewirtschaftssteuer, die Kommunen nicht von dem Wohl und Willen
147 einzelner Unternehmen abhängig macht. Um Gewerbesteuerdumping einzelner Kommunen
148 zu unterbinden, fordern wir einen Mindesthebesatz von 420 Punkten.

149 Auch eine arbeitgeber*innenfinanzierte Nahverkehrsabgabe ist ein wichtiger
150 Baustein einer solidarischen Daseinsvorsorge.

151 Gleichzeitig braucht es auch auf der Bundesebene eine konsequente Umverteilung:
152 Vermögen und große Erbschaften müssen endlich wieder angemessen besteuert
153 werden. Wir brauchen eine Steuerpolitik, die untere und mittlere Einkommen
154 entlastet und abschöpft, was sich oben angesammelt hat.

155 Nein zur Militarisierung

156 Wir bleiben dabei: Es sollte keine Milliardäre geben! Doch der Trend geht in
157 eine andere Richtung: Die Vermögensungleichheit nimmt zu und der Bundeshaushalt
158 verschiebt sich zunehmend zugunsten des militärisch-industriellen Komplexes.
159 Durch die Grundgesetzänderung wurde ein Blankoscheck für Rüstung ausgestellt.
160 Selbst Mittel aus dem Sondervermögen „Infrastruktur“ werden beim Militär landen:
161 Unter dem Deckmantel der Brückensanierung sollen Straßen panzerfest gemacht
162 werden, während die Kommunen mit Krümelbeträgen abgespeist werden, wenn es um
163 Kitas, Pflege oder soziale Projekte geht.

164 Hier wird sichtbar, wie eng Bundes- und Kommunalpolitik miteinander verwoben
165 sind. Wir stellen uns der voranschreitenden Militarisierung entgegen.
166 Öffentliche Mittel gehören in Soziales, Bildung, Gesundheit – und in den
167 kommunalen Klimaschutz, nicht in Panzer und Rüstungsforschung.

168 Die Linke stärken

169 Wir werden Menschen ermutigen, sich in diesem Sinne in Bewegungen und
170 Initiativen zu engagieren. Zugleich werden wir sie in Konflikten durch Beratung,
171 zum Beispiel in Mietstreitigkeiten, bei der Kriegsdienstverweigerung und in
172 anderen sozialen Fragen unterstützen. Wir werden in nahezu allen kreisfreien
173 Städten und Kreistagen kandidieren und unsere Zahl der Antritte in den Kommunen
174 erheblich steigern. Wir werden die Kommunalwahl zum Anlass nehmen, den
175 Parteiaufbau voranzubringen und Ergebnisse zu erzielen, die uns weiteren Schwung
176 für die Landtagswahl verleihen. So schaffen wir die Möglichkeit, dass in Hessen

¹⁷⁷ wieder ein sozialer Wind weht.

Begründung

Erfolgt mündlich.